

# **Für Demokratie, Sozialstaat, Frieden!**

## **Gegen Demokratieabbau, starken Staat, Kriegsvorbereitungen!**



Anlass für die Großdemonstrationen der letzten Monate für Demokratie und gegen Rechts war ein bekannt gewordenes „Remigrations“-Treffen von führenden europäischen Politiken und Aktivisten der extremen Rechten sowie sie unterstützenden CDU-Politikern und Wirtschaftsvertretern in Deutschland. Während dort die AfD ihre Teilnahme herabspielte, kam von Österreichs FPÖ praktisch keine Distanzierung. Andere österreichische Parteien interpretierten die Proteste gegen Rechts als Bestätigung ihrer eigenen Politik sowie ihrer Gegenposition zur FPÖ bzw. zu Kickl. Was aber völlig fehlte, waren brauchbare Konzepte der Politik zur Verhinderung einer weiteren Spaltung der Gesellschaft. Aber nur das kann einen Zustrom zu rechten und rechtsextremen Parteien verhindern.

Demonstrationen gegen Rechts dienen nicht als Selbstzweck, sind nicht nur Ausdruck kollektiver Unzufriedenheit. Sie sind Aufforderung an die Politik zur Bekämpfung von Hetze und gesellschaftlichen Spaltungsversuchen. Anstatt bestimmte Personengruppen wie Arbeitslose oder Flüchtlinge zu kollektiven Feindbildern zu erklären und das jeweilige politische Programm an der weiteren finanziellen und bürokratischen Belastung dieser Personengruppen auszurichten, muss die Politik endlich Konzepte ausarbeiten und umsetzen. Diese müssen geeignet sein, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und eine weitere gesellschaftliche Entsolidarisierung mit sämtlichen negativen Begleiterscheinungen wie etwa zunehmend schlechtere Arbeitsbedingungen und Perspektivenlosigkeit, und in weiterer Folge eine Zunahme an Kriminalität und kollektivem Verlust gesamtgesellschaftlicher Lebensqualität, zu verhindern.

Doch Wirtschaft und die ihren Interessen dienenden Politiker, Parteien und Medien haben anderes im Sinn. Sie spalten weiter und nutzen diese Situation, um billige Arbeitskräfte als Lohndrucker ins Land zu holen und finanzieren gleichzeitig die FPÖ und Rechtsradikale, die dann gegen „Ausländer“ Stimmung macht. Erst jüngst hat Wirtschaftskammerpräsident Mahrer FPÖ-Chef Kickl gelobt, sich auch für eine Koalition mit Kickl ausgesprochen. Ein übles Spiel mit verteilten Rollen. Gewinner sind Industrie, Medien und bestimmte Politiker, Verlierer sind sowohl die ausländischen Arbeitskräfte und Flüchtlinge als auch der Rest der Bevölkerung. Wir sollen uns gegenseitig ausspielen lassen, Lohndruck, Arbeitsdruck, steigende Arbeitslosigkeit und Armut hinnehmen, während die Wirtschaft, die Konzerne, Bosse, Politikapparate und Medien, die Reichen von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr von dieser Ausspielerei und Hetzte profitieren und reicher und reicher werden.

## **Militär, Wirtschaft und Regierung wollen die Menschen in Österreich „kriegstauglich“ machen**

Das neutrale Österreich bedroht niemanden und wird von niemandem bedroht. Es ist von lauter EU- und NATO-Staaten mit Ausnahme der neutralen Schweiz und Liechtenstein umgeben. Wenn Österreich keinen kriegerischen Akt setzt oder keine Maßnahmen trifft, die auf die Vorbereitung auf oder die Teilnahme an Kriegen auf irgend einer Seite abzielen, ist es nicht bedroht.

Seit vielen Jahren aber schon, lange vor dem Ukrainekrieg, arbeiten Regierungen aller Parteifarben daran, Österreich trotz seinem neutralen Status vor allem in die EU-Militarisierung immer stärker einzugliedern, gleichzeitig auch an die NATO anzubinden oder ihr gar beizutreten. Das ist Neutralitätswidrig!

Um die Milliarden für die Aufrüstung zu erhalten, wurde 2019 gedroht, dass andernfalls der Katastrophenschutz nicht mehr gewährleistet wäre. Seitdem wird die Dosis der Drohungen erhöht. 2022 hieß es, Österreich müsse enger mit der EU/NAO kooperieren, weil Russland auch Österreich überfallen werde. Aber die EU müsse eine „Restneutralität“ Österreichs akzeptieren. 2023 sprachen die Militärs bereits davon, dass die „Neutralität ein Sicherheitsrisiko“ sei und 2024 wird sogar behauptet: „die Neutralität gefährde die Sicherheit Österreichs“. Parallel dazu wird das Rüstungsbudget erhöht – mittlwerweile auf 18 Milliarden Euro bis 2032 – und eingekauft, was das Zeug hält: Hubschrauber, Panzer und – wenn es nach Kriegsministerin Tanner geht, auch Raketen für die Teilnahme Österreichs an Sky Shield.

Sky Shield ist ein von Deutschland initiiertes NATO-Raketensystem von EU-Staaten. Das bedeutet noch mehr Einbindung Österreichs in die Kriegspläne von USA, NATO, EU, Deutschland. Das ist mit der Neutralität Österreichs absolut nicht vereinbar. Die Teilnahme Österreichs daran gefährdet unsere Sicherheit und macht uns erst recht zum Angriffsziel!

Bundeskanzler Nehammer nimmt derzeit, auch wegen der Vorwahlzeit, die Neutralität öfters in den Mund, wohl um die Bevölkerung zu beruhigen und gleichzeitig davon abzulenken, dass die Regierung weiterhin zügig für eine Kriegsteilnahme an der Seite Deutschlands aufrüstet.

**Über 80 % der Österreicher sind trotz aller Propaganda für die Beibehaltung der Neutralität!**

**Österreichs Neutralität ist wichtiger denn je – gerade in Kriegszeiten!**

**JA zu Sozialstaat – NEIN zu Aufrüstung und Kriegsteilnahme!**

Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg, Stiftgasse 8, 1070 Wien.

**Nächstes Treffen: Mo., 22. April 2024, 19.30 Uhr, Amerlinghaus, 1. Stock, Kursraum1, Stiftg. 8, 1070 Wien. Kontakt: [ggae@gmx.at](mailto:ggae@gmx.at) \* Web: [www.atomgegner.at](http://www.atomgegner.at)**